

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



KEINE Übersterblichkeit in Deutschland im Gesamtjahr 2020!

2020 wird es in Deutschland im Gesamtjahr mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit KEINE Übersterblichkeit geben!

Was haben sie nicht alles in den letzten Wochen gezetert und geschrieben! Hohe Übersterblichkeit wegen Corona hieß es in den Mainstream-Medien landauf landab.

Die temporär im März/April existente Übersterblichkeit wurde, wie von mir bereits im April in einem Klartext-Video erwartet

https://www.youtube.com/watch?v=ZVYBd-SPGzLA&list=PLH5BWGlysGjKHLYAvI7HBTf_S-9Uia8Af&index=29, in den Monaten danach ausgeglichen. Im Frühjahr starben zumeist uralte und multimorbide Menschen an oder mit Corona, die im Lauf des Jahres dann nicht noch einmal gestorben sind. So kam es im Sommer zu einer Untersterblichkeit, was vorhersagbar war.

Die jetzt vorliegenden Zahlen sind noch nicht die endgültigen Jahreszahlen. Aber ein sehr guter Artikel auf Heise erklärt die aktuelle Sachlage per 47. KW – mit einem sehr sicheren Ausblick auch auf das Gesamtjahr (vgl.: <https://www.heise.de/tp/features/Keine-Übersterblichkeit-trotz-Covid-5001962.html>), daraus zitiert:

„Auch wenn aufgrund von Covid-19 in einzelnen

Kalenderwochen eine erhöhte Sterblichkeit zu beobachten ist, liegt die Gesamtsterblichkeit in Deutschland im Jahr 2020 insgesamt unter dem alterungsbedingten Erwartungswert.“

=> Covid19 ist damit die erste Epidemie „nationalen Ausmaßes“ ohne jede Übersterblichkeit im sogenannten „Epidemie“-Jahr, in dem allein auf Bundesebene rund 400 Mrd. Euro neue Schulden beschlossen wurden!

=> Und nein, das ist KEIN Effekt der beiden Lockdowns! Der erste am 23. März kam nachweislich zu spät, nämlich pünktlich zum saisonalen Ende der Winterkrankheits-Welle. Und der aktuell laufende hatte 2020 keinerlei messbaren Effekt; weder Infektions- noch Sterberaten sind nach dem 18. Dezember in irgendeiner Weise zurückgegangen – eher noch im Gegenteil! Und TROTZDEM GAB ES IM GESAMTJAHR 2020 KEINE ÜBERSTERB-LICHKEIT!

Einzig in der Kohorte der über 80-Jährigen gibt es eine kleine Übersterblichkeit. Statt diese Risikogruppe zu schützen, hat sich die Regierung aber dem Lockdown des gesamten Landes verschrieben – und so HORRENDEN Schaden für ALLE Menschen und für die Gesamtwirtschaft verursacht.

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de



[/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/PeterBoehringerCom/)



Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
 - Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
 - Auswärtiger Ausschuss

@ petr.bystron@bundestag.de

/bystronpetr

www.petrbystron.de

15 km Radius gerne – aber bitte in Afrika

Die Corona-Beschlüsse sind gerade erst bis zum 14. Februar verlängert worden und schon sticht der bayerische Ministerpräsident Söder im voraus-eilenden Gehorsam mit noch härteren Maßnahmen heraus. Schulen und Kitas bleiben geschlossen, genauso wie Friseure und Gastro- und Kulturbetriebe, die mittlerweile nicht bloß mit Umsatzeinbußen kämpfen müssen, sondern schon längst einen nackten Kampf um die Existenz führen.

Kurzarbeit ist zum Normalfall geworden und anstatt den Bürgern Bayerns Hoffnung auf baldige Rückkehr zur Normalität zu geben, kommt es Dank Söder noch härter. Das Tragen von FFP2-Masken wird nun auch auf das Einkaufen, den Transport in öffentlichen Verkehrsmitteln und sogar den Besuch von Gottesdiensten ausgeweitet. Wie zu Kriegszeiten besteht eine nächtliche Ausgangssperre von 21 bis 5 Uhr. Das gesellige Beisammensein, wie wir es kannten, wird vorerst nur im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstandes und mit allerhöchstens einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person erlaubt sein.

Ein 15-Kilometer-Bewegungsradius wurde eingeführt – zumindest für die Bayern. Migranten dürfen weiterhin ungehindert nach Deutschland einwandern. Wer glaubte, dass Söder wenigstens die Grenzsicherung ausbauen würde, um die illegale Migration zu bekämpfen, der irrte. Im Jahre 2020 wurden immer noch 102.581 Erstanträge auf

Asyl gestellt.

Ich dachte mir: Die Idee mit dem 15-Kilometer-Bewegungsradius ist gar nicht so schlecht, aber sie sollte an der afrikanischen Küste für Migranten gelten, die Illegal nach Europa wollen. Damit würde man die steigenden Asylzahlen wieder senken. Die Schlepper-NGOs, die ständig behaupten, sie würden „Seenotrettung“ betreiben, müssten nicht mehr lügen, wenn sie die Migranten (gemäß dem internationalen Seerecht!) zurück nach Afrika, eben in den nächst gelegenen Hafen, bringen würden, anstatt sie ins 400 Kilometer entfernte Europa einzuschleusen. Und, wer weiß, vielleicht würde auch die Verbreitung von Covid-19 eingedämmt.



Meinen Facebook-Fans gefiel die Idee – Tausende teilten diesen Banner, so dass er zum heutigen Tag über 160.000 Menschen erreichte.



Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ peter.felser@bundestag.de

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 www.peterfelser.de



Start ins Wahljahr 2021

Das Jahr 2021 begann bereits in der ersten Plenarwoche wie das letzte Jahr endete: mit intensiver Oppositionsarbeit gegen die Coronapolitik der Altparteien. Die irrwitzigen Maßnahmen der Regierung Merkel halten das Land im Würgegriff und es gibt nur eine wirkliche Alternative, die den immer neuen Vorschriften und Einschränkungen parlamentarischen Widerstand und eine vernunftbasierte Politik entgegensetzt. Die Medien und eine inkompetente Regierungsmannschaft radikalisieren sich zunehmend gegenseitig. Wir sind deshalb entschlossen, jedes Mittel zu nutzen, das dazu beiträgt, diesen Radikalisierungsprozess zu stoppen. Ich habe mich daher mit meinem Kollegen Stephan Brandner besprochen, wie wir ein Mißtrauensvotum gemäß Artikel 67 Grundgesetz gegen die Regierung ins Parlament einbringen können. Das soll so schnell wie möglich gesche-

hen. Wir benötigen mindestens 25% der Stimmen, um einen Gegenkandidaten aufstellen zu können.

Der Wahlkampf wirft bereits seine Schatten voraus und wir sind uns sicher, daß wir wieder mit einer großen Fraktion ins Parlament einziehen werden. Das bedeutet eine Menge Arbeit für die jetzige Fraktion. Im Herbst 2021 werden wir nicht mehr auf der grünen Wiese starten wie damals 2017. Diesmal wird es eine geordnete Übergabe geben. Die „Neuen“ sollen so schnell wie möglich arbeitsfähig sein und den Wählerauftrag ohne Verzögerung ausführen. Als Fraktionsvize und Leiter der IT-Abteilung habe ich für diesen Prozess eine besondere Verantwortung.

Euer Peter.

Kinder brauchen eine Familie

Keine staatlichen Kinderrechte ins Grundgesetz



Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



johannes.huber@bundestag.de



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)

Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD hat sich nach zähen Debatten darauf geeinigt, Kinderrechte in das Grundgesetz aufzunehmen. Was zuerst harmlos oder gar sympathisch klingt, birgt jedoch große Risiken in sich: Mit dem frühkindlichen Recht auf Bildung könnte beispielsweise eine Kitapflicht eingeführt und mit dem Recht auf Sicherstellung der Gesundheit gar die umstrittene Impfpflicht für Kinder ermöglicht werden. Eltern könnten in solchen Fällen rein gar nichts gegen diese nun verfassungsrechtlich verbrieften Rechte unternehmen und wären zusammen mit ihren Kindern der Willkür des Staates wehrlos ausgeliefert.

Johannes Huber erklärt: "Das Zugriffsrecht des Staates auf Kinder muss unterbunden werden. Familien und Elternrechte sind zu schützen. Der Artikel 6 des Grundgesetzes besagt: Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft". Die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz würde die Selbstverständlichkeit

dieses Naturrechts konterkarieren und dem Staat weitere Möglichkeiten einräumen, auf die Erziehung der Kinder zuzugreifen.

Der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Arnd Uhle der Universität Leipzig kritisiert in einem Gastbeitrag für die FAZ die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz als "trojanisches Pferd". Durch den Vorschlag drohe eine "Schieflage" im Verhältnis von elterlicher Primärverantwortung und staatlichem Wächteramt zu Lasten des Elternrechts. Er enthalte keinen kinderrechtlichen Mehrwert, dafür jedoch "[...]das Risiko einer bundesverfassungsgerichtlichen Neubewertung des Elternrechts".

Kinder sind bereits gegenwärtig Grundrechtsträger. Der Eingriff in die Verfassung birgt die Gefahr, Kinder gegen ihre Eltern auszuspielen und sie dem Zugriff des Staates auszuliefern. Die AfD-Fraktion im Bundestag wird daher als letzte konservative Bastion gegen die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz stimmen.



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

 @Dr Rainer Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

Die Geburtsschmerzen einer Umsetzung aus dem EU Recht zum Nachteil der Deutschen Unternehmen

Man verzeihe mir den sperrigen Titel des Beitrages, aber selbst die einfachsten Dinge funktionieren in dieser Regierung nicht mehr. Worum geht es?

Im Juli 2017 hat die EU Kommission einen Durchführungsbeschluss erlassen über die besten verfügbaren Techniken (BVT) im Rahmen von Emissionen von Großfeuerungsanlagen. Diese Anforderungen sind 4 Jahre nach der Veröffentlichung innerhalb der EU von Bestandsanlagen einzuhalten.

Das Deutsche Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) führt nun aus, dass BVT Anforderungen der EU innerhalb von 12 Monaten in nationales Recht zu überführen sind um den Betreibern von Altanlagen dann noch 36 Monate Zeit für die Planung, Genehmigung und Nachrüstung ihrer Bestandsanlagen einzuräumen.

Nun, wer auf den Kalender schaut wird feststellen, dass wir bereits 2021 haben und die vier Jahresfrist diesen Sommer ausläuft. Die notwendige Anpassung der 13. Und 17. BImSchV (Bundesimmissionsschutzverordnung) zur Aufnahme der EU

BVT Vorgaben ist aber bislang nicht erfolgt. Die Bundesregierung hat das dreieinhalb Jahre lang nicht geschafft eine Vorlage dazu zu Erstellen. So weit, so schlecht. Ist man nun aber gewillt eine entsprechende Übergangsfrist an die Unternehmen und Besitzer von Bestandsanlagen einzuräumen? Nein! Die Übergangsfrist soll im Sommer diesen Jahres bereits nach nur ca. 6 Monaten auslaufen. Da ist für die Besitzer und Betreiber von Großfeuerungsanlagen (man beachte das ‚Groß‘ in Großfeuerungsanlagen) von 50+ MW an Leistung im Kraftwerks- und Industriesektor eine geradezu lächerlich kurze Zeit um nötige Veränderungen an den Abgasreinigungssystemen vornehmen zu können. Die Regierung schiebt dabei den Schwarzen Peter von sich einfach an die Betreiber weiter ohne Rücksicht auf die unternehmerischen Belange. Dies ist wieder ein Beweis für die industriefeindliche Politik die von der Regierung Merkel IV betrieben wird. Oder, um es anders auszudrücken: „You had one job . . .“ – und den habt ihr vergeigt!

Strategischer Dialog mit China



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

Stellvertretendes Mitglied:

- Haushaltsausschuss



[/GeroldOttenAfD](https://www.facebook.com/GeroldOttenAfD)



[/gerold.otten](https://www.instagram.com/gerold.otten)



[@gerold_otten](https://twitter.com/gerold_otten)

Web: www.mdb-otten.de

Der rasante Aufstieg Chinas bedeutet neue Chancen, aber auch Risiken für Deutschland. Mit dem zweitgrößten Militäretat der Welt verfolgt China das Ziel, bis 2049 - zum hundertsten Jubiläum der kommunistischen Machtübernahme - Streitkräfte in Weltformat zu haben. China ist zunehmend bereit, seine weltweit wachsende Infrastruktur z.B. in Afrika, Europa und entlang des Jahrhundertvorhabens „Neue Seidenstraße“ auch militärisch abzusichern und dabei seinen Einfluss auf Seewege im Süd- und Ostchinesischen Meer sowie in der Arktis zu verstärken. Offene Seewege und freier Zugang zum Welthandel sind aber für uns als Exportnation lebenswichtig.

Deshalb habe ich aus meinem sicherheits- und verteidigungspolitischen Blickwinkel und meiner persönlichen Kenntnisse des indo-pazifischen Raums, insbesondere der Anrainerstaaten Japan, Australien und Indien, im Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Fraktion im Bundestag ein „China-Strategiepapier“ eingebracht. Dieses Papier soll - ähnlich wie unser strategisches Papier „Streitkraft Bundeswehr“ - die Diskussion anstoßen, welche Maßnahmen sich aus dem signifikanten Aufwuchs chinesischer militärischer Fähigkeiten für unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergeben.

Um frühzeitig Gesprächskanäle und eine konstruktive Zusammenarbeit auszubauen sind bilaterale militärische Kontakte im Rahmen eines „Strategischen Dialogs“ auch unter Einbindung

von Partnerstaaten im Indo-Pazifik ein sehr wichtiger Schritt. Eine erste begrenzte militärische Zusammenarbeit von Deutschland und China hat bereits stattgefunden.

Im Rahmen einer „Combined Aid“-Übung haben chinesische Soldaten und Sanitäter der Bundeswehr in China die Versorgung von Opfern nach einer Erdbebenkatastrophe trainiert, während in Bayern gemeinsam die Errichtung eines Feldlazarets geübt wurde.

Ich werde diesen Dialog zur Vertrauensbildung und Früherkennung von Sicherheitsrisiken im Verteidigungsausschuss kritisch begleiten. Die neue Indo-Pazifik Leitlinie der Bundesregierung und die militärische Aufrüstung Chinas haben wir deshalb auch als Schwerpunktthema für unsere diesjährige Klausurtagung des Arbeitskreises Verteidigung festgelegt.

Parallel dazu habe ich im Bayerischen Landesausschuss 1 und im Bundesausschuss 1 das Augenmerk mit auf China gelenkt und eine entsprechende Passage im Bundestagswahlprogramm eingebracht, die eine offensive Beteiligung Deutschlands an der Seidenstraßen-Strategie vorsehen, allerdings nicht nur von Ost nach West, sondern auch umgekehrt von West nach Ost. Eine Kooperation Deutschlands darf allerdings nur unter Bedingungen der Gleichberechtigung und Fairness für Handel und Investitionen erfolgen.

Einem Ausverkauf deutscher Technologien treten wir als AfD dabei entschieden entgegen.



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**
 - Unterausschuss Europarecht
- **Ordentliches Mitglied**
 - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
 - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka



Landesgruppenmobil auf Tour Auftakt für den Sommer

Unter den Lockdown-Bedingungen ist es immer schwerer geworden effektive Bürgerdialoge anzubieten. Zuletzt waren diese jedoch ebenfalls wieder erfolgreich genehmigt und organisiert worden in Hof im Norden sowie Erding im Süden. Jedenfalls wurde bereits letztes Jahr der Plan gefasst, „wenn die Bürger nicht zur Politik (Bürgerdialog) kommen dürfen, dann kommt die Politik zum Bürger“. Also in die Fußgängerzone, vor Betriebstore und so weiter.

Die Mobiltour mit immer mindestens 2 MdB besetzt startete bereits in Unterfranken (Würzburg, Aschaffenburg), ist derzeit in Oberfranken (Bamberg, Bayreuth) und wird demnächst in Mittelfranken weitermachen, bevor es in die anderen 4 Bezirke geht. Wir sind stets in Kontakt mit den örtlichen Kreisverbänden, denn Besucher am Stand ziehen erfahrungsgemäß weitere nach sich. Die Erfahrungen mit dem schnell aufgebauten Stehtisch und unseren

„Bundestag-AfD-Beuteln“ sind aber ohnehin überraschend positiv. Dass jedermann auf Söders Seite ist, können wir bisher definitiv nicht bestätigen. Dies wird sich auch noch weiter drehen, davon bin ich überzeugt. Während nun einmal fast die Flyer (siehe Bild) ausgegangen sind, gab es natürlich auch Hindernisse, wie Ordnungsbehörden, die sich „tot stellten“ um dadurch eine Standgenehmigung zu verhindern. Diese Situationen konnten bisher aber immer kreativ oder versammlungsrechtlich gelöst werden.

In jedem Fall kamen interessante Gespräche mit lokalen Selbstständigen, AfD-Anhängern oder auch Kritikern zustande. Während uns positiv zugetane Bürger sich fast ausnahmslos eine seriöse, standhafte AfD wünschten, fürchteten die Kritiker dies. Zumindest diejenigen, die nicht etwas nachdenklicher und mit einem Flyer weitergingen.



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

Es reicht! Ich werde Markus Söder anzeigen.

Söders restriktive Corona-Politik treibt die Bürger Bayerns an ihr Limit. Solche harten Einschnitte hat es seit dem Krieg nicht mehr gegeben. Ausgangssperren, FFP2-Masken und jeden Tag neue Ideen, wie er die Bürger drangsaliert kann. Den Höhepunkt hat er erreicht, als er all jene, die sich dem Wahnsinn etwas entgegenstellen, indem sie friedlich protestieren gehen, als Terroristen beschimpft hat. Er nannte sie wortwörtlich „Corona-RAF“.

Wer die aktuellen Demonstrationen in Bayern beobachtet hat, stellt fest, dass sie nur unter restriktiven Auflagen stattfinden können. Teilnehmer müssen Mundschutz tragen und Abstand halten. Und daran halten sich die meisten Demonstranten. Menschen, die trotz Repressionen auf die Straße gehen, sind vor allem mutige Bürger. Dass Söder diese mit Mördern vergleicht, zeigt auf, wie er mittlerweile moralisch auf Abwegen geraten ist.

Daher habe ich beschlossen, Markus Söder für sei-

ne verbalen Ausfälle anzuzeigen. Derzeit bereite ich mit meinem Anwalt eine Strafanzeige vor. Mein Vorhaben, dass ich eine Strafanzeige stellen werde, habe ich letzte Woche in einem meiner Youtube-Videos angekündigt. (<https://www.youtube.com/watch?v=VjFtYjKAzuM>) Das Video hat bereits 1,8 Mio Menschen erreicht und es haben sich weit mehr als 200 Tausend angeschaut. Für mich steht damit fest, dass ein großer Teil der Menschen endlich Konsequenzen gegen Söders Allmachtsfantasien sehen will.

Dem werde ich demnächst Folge leisten. Wenn wir jetzt nicht handeln werden wir in einer Welt leben, wo man sich zwar das Geschlecht aussuchen kann, aber nicht mehr vor die Haustüre treten darf, oder wo der Sohn zwar mit Puppen spielen darf, dafür aber nicht in die Kita gehen kann. Denn „wer die Freiheit aufgibt, um etwas Sicherheit zu gewinnen, verdient weder Freiheit noch Sicherheit.“ (Benjamin Franklin)

Die Demokratie in Deutschland ist in Gefahr!



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

 /sichertmartin

 /UCsvkQ3N29K0hqsO1OPD1ioA

 /martinsichert

 /Martin_Sichert

 t.me/martinsichertinfo

 martin.sichert@bundestag.de

Der Bundestag hat Mitte Januar mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP, Linken und Grünen mehrheitlich beschlossen, die Abhaltung von Aufstellungsversammlungen der Parteien in Zukunft radikal zu ändern (Drucksache 19/25816).

Galt bislang, dass Parteien demokratisch in Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen Wahlbewerber aufgestellt haben, so kann nun das Innenministerium komplett andere Regeln dafür festlegen. Wenn die demokratischen Grundsätze schon bei den Aufstellungsversammlungen über Bord geworfen werden, was wird ihnen dann erst alles für die eigentliche Wahl einfallen?

Bundesregierung und Bundestag schaffen erst eine Notlage und generieren dadurch eine neue Regel nach der anderen.

„Eine Feststellung, wann sich die epidemiologische Lage dahingehend verändern wird, dass die Durchführung von Präsenzveranstaltungen zur Aufstellung von Parteibewerbern wieder uneingeschränkt rechtlich und faktisch möglich ist, lässt sich aktuell nicht treffen“, so die Antragsbegründung von CDU/CSU und SPD zur Änderung des Bundeswahlgesetzes.

Auch außerhalb des Parlaments werden immer mehr Forderungen laut, das bisherige Wahlprozedere grundlegend zu ändern: Politiker der Altpar-

teien fordern, aus Gründen des „Gesundheitsschutzes“ komplett auf eine Urnenwahl zu verzichten und stattdessen eine reine Briefwahl abzuhalten. Jedoch liefern Briefwahlen oftmals ein komplett anderes Wahlergebnis, als Urnenwahlen – speziell Parteien wie CDU/CSU und Grüne profitieren von einem hohen Briefwähleranteil. In Thüringen haben sich die Altparteien von CDU, SPD, Grünen und Linken auf eine Verschiebung der Landtagswahl um mehrere Monate auf September verständigt – die bisherige links-grüne Regierung unter Ministerpräsident Ramelow bleibt bis dahin unangetastet im Amt. Auch die Bundestagswahl selbst – noch für den 26. September angesetzt – ist nicht unangreifbar, spricht: verschiebbar!

Die Demokratie in unserem Land ist in großer Gefahr – auch wenn Regierung, Altparteien und Medien dies natürlich beharrlich abstreiten. Kein Wunder, denn sie sind schließlich die großen Profiteure all dieser neuen Regeln.

Nur die AfD stellt sich der Aushöhlung unserer Demokratie und unseres Grundgesetzes entgegen – wie die Abstimmung zur Änderung des Bundeswahlgesetzes am 14. Januar erneut mehr als deutlich gezeigt hat.

So würgt man den Verbrennungsmotor kalt ab:

„Euro 7“: Eine unerfüllbare Abgasnorm droht

Keine Neuwagen mehr mit Verbrennungsmotor, schon ab 2025? Ende der Auswahl des Antriebs beim Autokauf? Akute Gefahr für Hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland? Unglaublich, aber wahr: mit solchen Plänen „spielt“ man in Brüssel!

„Euro 6d“ ist als aktuelle Abgasnorm bekannt. Mit ihr verbindet man die Senkung des Stickoxid-Ausstoßes. Die Debatte um Dieselfahrverbote ist viel leiser geworden.

Wozu dann noch „Euro 7“? Die EU-Kommission bastelt an einer praktisch unerfüllbaren Hammer-Norm. Neuwagen sollen laut zuständiger Beratergruppe künftig nur noch 30 Milligramm Stickoxid pro Kilometer und in einem zweiten Szenario sogar nur noch 10 mg / km ausstoßen dürfen. Die Grenze liegt bislang bei 60 mg für Benzin- und 80 mg für Dieselfahrzeuge.

Die neuen Werte sind technisch kaum umsetzbar und bedeuten weitgehend ein Ende der Verbrennungsmotoren-Produktion in Europa und insbesondere in Deutschland. Eine Neuzulassung von Verbrenner-Pkw wäre so praktisch ausgeschlossen.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag „Abgasnorm Euro 7 stoppen – Verbot des Verbrennungsmotors durch die EU verhindern“ eingebracht (Drucksache 19/24647) eingebracht und damit eine Debatte erzwungen. Die Union, die mit Ursula von der Leyen die EU-Kommissi-

onspräsidentin stellt, hätte das Thema am liebsten verschwiegen!

Nun verlegen sich Bundesregierung und EU-Kommission aufs Beschwichtigen: mit einer Arbeitsgruppe wolle man in Brüssel Druck machen und die EU-Kommission werde ihren ersten „offiziellen“ Vorschlag für die Euro 7-Norm erst im vierten Quartal 2021 veröffentlichen.

Und was passiert in der Zwischenzeit? Palaver hinter den Kulissen, bis die Bundestagswahl vorbei ist? Richtig, der 26. September liegt ja am Ende des dritten Quartals!

Auf ein solches Versteckspiel lassen wir uns nicht ein! Deshalb fordert die AfD-Bundestagsfraktion, „Euro 7“ komplett zu stoppen. Wenn man „Euro 6“ zu „Euro 6d“ weiterentwickeln kann, dann ist das auch ein Weg in die Zukunft!

Wer dieser Forderung auch persönlich Nachdruck verleihen will, kann eine Online-Petition unterstützen, die von den beiden Automobilclubs AvD und Mobil in Deutschland unterstützt wird:

<https://www.openpetition.eu/petition/online/euro-7-norm-stoppen-benziner-und-diesel-retten>

Selbst wenn das keine „offizielle“ Petition an den Petitionsausschuss des Bundestags ist: sterter Tropfen höhlt den Stein!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f [/W.wiehle](https://www.facebook.com/W.wiehle)

www www.wolfgang-wiehle.de

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**